

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation
Frau Magda Spycher
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Glarus, 11. August 2015
Unsere Ref: 2015-188

Vernehmlassung in Sachen Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG)

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Frau Spycher
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Juni 2015 konsultiert das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF den Kanton Glarus zur Vernehmlassung über die Änderung des Bundesgesetzes über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG). Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme in oben genannter Angelegenheit.

Grundsätzlich sind die Neuerungen zu begrüßen, da mehr Transparenz geschaffen wird. Die Abläufe innerhalb der KTI sind für Aussenstehende heute nur schwer zu durchschauen. Zur Vorlage haben wir jedoch folgende Anmerkungen:

- Wir begrüßen die Schaffung eines Innovationsrates (IR), der die Projekte beurteilt, welche der Innosuisse zur Förderung vorgelegt werden. Die Geschäftsleitung prüft diese vorgängig auf Konformität, aber nicht inhaltlich.
- Der Innovationsrat soll aus max. 25 Mitgliedern bestehen (Art. 8.2), was weniger als die Hälfte des entsprechenden Organs der heutigen KTI entspricht.
- Gemäss Art. 8.9 kann der Innovationsrat dem VR deshalb Experten zur Begutachtung von Gesuchen und zur Begleitung von Projektarbeiten vorschlagen. Leider wird nicht klar, wer über die Anzahl dieser Experten wacht, noch welche Aufgaben und Kompetenzen diese genau haben.
- Gemäss Art. 7.2 ist die Geschäftsleitung mit dem Vollzug der Entscheide des Innovationsrats (IR) beauftragt. Allerdings wird auch die Möglichkeit erwähnt, dass Entscheide des IR vom Antrag der GL „abweichen“ können, worauf eine Bereinigung oder gegebenenfalls ein Weiterzug an den VR erfolgen soll. Dies ist unverständlich. Wenn die GL den Antrag für Unterstützung formal gutheisst und der IR aufgrund der wissenschaftlichen Grundlagen und Erkenntnisse entscheidet, sollte eigentlich keine Diskrepanz mehr bestehen.
- Aus der Vorlage ist nicht ersichtlich, ob für die Antragsteller eine Rekursmöglichkeit besteht. Heute ist man unseres Wissens auf den Goodwill der Experten angewiesen.

GESCANNT

13. Aug. 2015

Wir bedanken uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Bedenken.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Robert Marti
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: magda.spycher@sbfi.admin.ch

versandt am: **12. Aug. 2015**